

# Giljier Zeitung

Ercheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Breie nova ulica Nr. 5. Telephon 21. — Anklündigungen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegengenommen  
 Bezugspreise: Für das Inland vierteljährig K —, halbjährig K —, ganzjährig K —. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern K 1.20.

Nummer 104

Donnerstag den 29. Dezember 1921

3. [46.] Jahrgang

## Unser Staatsvoranschlag für das Jahr 1922.

(Schluß.)

Alle bisherigen Kritiken des Budgets haben sich auf die Ziffern des Kriegsministeriums geworfen und die Ansätze pro 1920/21 von 1120 bzw. die Post für 1922 von 1500 Millionen Dinar ganz unerhört hoch gefunden. So wird wohl das Volk wahrscheinlich im allgemeinen glauben gemacht, daß alles Unheil und alle unsere Lasten vom Kriegsministerium abhängen. Doch gerade diese Post ist am meisten erklärlich und vom Kriegsminister am deutlichsten gemacht worden.

Der Herr Kriegsminister hat vor kurzem erklärt, daß ein Soldat 10.000 Dinar koste. Gleichzeitig wurde veröffentlicht, daß er für die ganze Armee bei der Firma Lockwood in England Anzugstoffe bestellen mußte. Wenn man unser Militär betrachtet, muß man sagen, daß es Montur und Schuhe notwendig braucht und da sind die 40.000 Kronen für einen Mann schon bald gerechtfertigt. Zu berücksichtigen ist noch, daß sonstige Ausrüstungen notwendig sind, wenn man überhaupt von einer schlagfertigen Armee sprechen will. Freilich war es nicht gerade notwendig, die Stoffe in England zu kaufen, aber wir haben Grund zur Vermutung, daß nicht der Herr Kriegsminister die treibende Kraft war, in das teuerste Land einzukaufen zu gehen. Mindestens wären seine Kollegen aus den wirtschaftlichen Ressorts verpflichtet gewesen, ihn auf die Folgen für unsere Währung aufmerksam zu machen und ihn daher eventuell auch öffentlich davor zu warnen. Das ist nicht geschehen und so haben wir im Kriegsminister den allgemeinen Sündenbock vorgeführt bekommen, dessen Stoffbeschaffung für den vor kurzem eingetretenen Rückgang unserer Valuta verantwortlich gemacht wird. Also noch einmal gesagt: für die achtbaren Leistungen unseres Kriegsministers und seiner Untergebenen, die wiederholt die ausdrückliche Bewunderung des Auslandes hervorrufen mußten, müssen eben Auslagen votiert werden und die gegebenen Ansätze erscheinen uns nicht zu hoch.

Das Postministerium hat seine Einkünfte mit 240 Millionen verdoppelt. Gemessen an den Auslagen für das Innen- und Justizministerium scheint es, daß in diesem Ansätze die Einnahmen für Postgebühren nicht abgestrichen sind und so müssen wir hier der Kritik über die Einnahmeposten des Budgets die Frage vorwegnehmen, wo die schon fast auf die Goldparität hinaufgestiegenen Post-, Telegraphen- und Telephongebühren verrechnet sind.

Das Ministerium für soziale Fürsorge ist mit einem Ansatz von 414 Millionen Dinar gegen 70 im vorigen Jahre in die sogenannten großen Ressorts aufgerückt. Die Sorge um die Invaliden dürfte hier den Hauptposten darstellen. Die Ausgaben für die nichtkasernierten Invaliden und deren Familien scheinen zwar faktisch unbedeutend zu sein, was wir daraus schließen, daß vor einigen Tagen ein Halbinvalid bei uns um weitere Unterstützung vorsprach, da er monatlich nur acht Dinar aus dem Staatsfädel ausgefolgt bekommt.

Die Ganzinvaliden werden wohl, wie wir es aus unserer Stadt wissen, in zweckmäßig und schön eingerichteten Häusern versorgt. Doch kann die Zahl dieser Objekte unmöglich eine so große sein, daß für die laufende Erhaltung ein entscheidender Teil der Budgetpost aufgewendet werden muß. Wenn allerdings die Erwerbung und der Bau der Invalidenheime eingerechnet wird, dann ist die Summe an und für sich wahrscheinlich zu rechtfertigen und es wird nur wohl vorzumerken sein, daß die Steuerzahler beim allmählichen Freiwerden der Invalidenheime durch anderwärtige Verwertung dieser Objekte eine Entlastung erfahren müssen. Bei so allgemein gehaltener Rechtfertigung, wie sie der Öffentlichkeit leider nur vorgelegt wurde, ist nun auch gar nicht zu schätzen, was die Invalidentkommissionen, die Arbeiterkammern, die Kinderfürsorge und was sonst noch sozialpolitisch erdacht werden konnte, kosten werden. Hoffentlich hat man die Arbeiterversicherung und die Pensionsversicherung nicht auch noch in diese Budgetpost mitaufgenommen, weil die ausgesetzten Prämienbeträge erfahrungsgemäß die zu erwartenden Leistungen der betreffenden Anstalten weitans überschreiten. Jedenfalls ist das eine sicher, daß wir nicht nur eine großangelegte sozialpolitische Gesetzesarbeit, sondern auch ein sehr stattlich ausgestattetes Budget vor uns haben, das jeden einzelnen auch auf der Besteuerungsseite ganz ergebnisinteressiert.

Dem Ministerium für Agrarreform erscheint sein Budget von 43 auf 55 Millionen Dinar erhöht. Es sind im Laufe dieses Jahres vollkommen glaubwürdige Nachrichten verbreitet worden, daß die muslimanischen Abgeordneten die bindende Zusage auf mehr als 200 Millionen Dinar für die Ablösung der bosnischen Kmeten errungen haben. Dieser Betrag gehört in den Voranschlag für die Agrarreform und es ist daher von vorneherein ausgeschlossen, daß die in den Voranschlag aufgenommene Ziffer irgendwie ernst genommen werden kann, wenn man auch hört, daß vielen Grundbesitzern, so namentlich Schwaben und Magyaren, große Teile ihres Eigentums ohne Entschädigung abgenommen wurden. Die Agrarreform ist außerdem ein politisch so umstrittenes Gebiet, daß keine Regierung bei unseren unsicheren Majoritätsverhältnissen in der Lage ist, auch nur annäherungsweise den Geldbedarf der Agrarreform für ein ganzes Jahr vorauszusagen. Dieser Umstand macht es aber um so notwendiger, der Öffentlichkeit über die Absichten und die einzelnen Teile des Erfordernisses Rechenschaft zu legen.

Damit sind alle Ausgabenposten des Budgets angeführt. Die Summe übersteigt 25 Milliarden Kronen. Also rund 2000 Kronen auf den Kopf der Bevölkerung. Wenn das auch ein respektabler, hoher Betrag ist, so müßte man bei den Einkommensverhältnissen in unserem Staate glauben, daß diese Summe hereinzubringen wäre. Aber es ist eben gegen den Steuerwillen der Bevölkerung in unverantwortlichster Weise gehandelt worden. Wir finden noch keine Spur von Ausgleich in der Steuergesetzgebung. Und so wirft ein Gebiet, ein Volkstamm dem anderen vor, daß er überlastet ist, und wehrt

sich mit diesen Schutzbreden womöglich gegen seine Steuerpflicht. Es liegt aber auch daran, daß die Öffentlichkeit von den verantwortlichen Faktoren in keiner Weise aufrichtig informiert wird, was mit den Steuergeldern eigentlich geschieht, wofür die Ausgaben unseres Budgets für das Jahr 1921 nur zu genaue Beweise erbringen konnten. Es ist den Steuerträgern in der Frage der Staatsbonds, in der Frage der Rückzahlung des 20%igen Abzuges bei der Kronenumwechslung manches Versprechen gegeben worden, das noch heute nicht eingelöst ist. Alle bezüglichen Warnungen wurden von den Politikern leichtfertig in den Wind geschlagen und so wird dieses Budget das gleiche Schicksal haben wie die vorhergehenden, daß es nämlich im Laufe des Jahres keine entsprechende Deckung finden wird. Daran werden aber nicht unmittelbar das Volk, sondern seine Beauftragten schuld sein.

An erster Stelle der Einnahmen präliminiert der Finanzminister die Zölle mit 417 Millionen Dinar, gegen 1921 um bloß 15 Millionen mehr.

Da aber nur ab und zu Teilausweise der Zolleinnahmen im vergangenen Jahre vorliegen, ist die Richtigkeit der einen oder der anderen Ziffer nicht zu prüfen. Dagegen muß es die höchste Verwunderung erregen, daß die Zolleinnahmen nur umso wenig erhöht veranschlagt wurden, wo doch schon während dieses Jahres sowohl Ein- und Ausfuhrmenge als auch die Zollsätze bedeutende Erhöhungen erfahren haben. So werden z. B. die Ausfuhrziffern für die ersten neun Monate des Jahres 1920 mit 710 Millionen Dinar angegeben, während für die gleiche Zeitdauer des Jahres 1921 um 1700 Millionen Dinar fast das Zweieinhalbfache ausgeführt wurde. Weiters wurde erst vor einigen Wochen das Zollagio von 500 auf 600 Prozent erhöht. Die niedrige Präliminarziffer der Zölle läßt sich also nur daraus erklären, daß die Auslagen für die Zolleinhebung und Verwaltung ganz ungeheuer gesteigert wurden und daß andererseits der Finanzminister zu den Zollvorschreibungen selbst nicht das bei geordneter Wirtschaft selbstverständliche Vertrauen hat. So hören wir, daß die Zollämter in Slowenien fast 100 Millionen Dinar allein an den Staat abführen, also auf die zehnfache Anzahl der Zollämter in den übrigen Teilen des Reiches kaum die dreifache Zolleinnahme entfällt, wobei noch wohl zu berücksichtigen ist, daß wir hier weder im besten Konsum- noch Produktionsgebiet liegen.

Die einzige Post Konsumsteuer mit 390 Millionen hält einer Prüfung gegenüber den vorliegenden Ausweisen stand. Und es ist sogar anzunehmen, daß die bezüglichen Einnahmen etwas zu niedrig gegriffen sein dürften.

Als nächste Post wird im Staatsvoranschlag ein Betrag von 810 Millionen Dinar für Kursgewinne veranschlagt.

Damit ist ein eindeutiges Beispiel gegeben, in welcher Weise dem durchschnittlichen Staatsbürger das Budget präsentiert wird. Wir müssen nämlich bekennen, daß wir nicht wissen, woher überhaupt der Staat Kursgewinne bei der jetzigen Devisenverordnung macht

und wenn schon Ablieferungszwang für gesunde Valuta für einzelne Unternehmungen bestehen sollte, so ist die Ziffer, die der Staat dabei gewinnen will, geradezu phantastisch groß. Vielleicht handelt es sich auch um die Umwechslung der sagenhaften Millionen Dollar, welche die amerikanischen Südslawen nach Hause schicken sollen. In einem wie im anderen Falle wäre für die Valuta- oder Devisenabnehmer damit eine ganz willkürliche Steuer ausgeschrieben, wenn der Staat wirklich über 800 Millionen daran verdienen wollte. Das wäre besonders in dem Falle unerträglich, wenn durch irgendwelche Ursachen unsere Valuta doch einmal ins Steigen kommen sollte.

Ueber die Umsatzsteuer von 400 Millionen Dinar ist in der letzten Zeit manches geschrieben worden und so ist diese Post die einzige, die schon halbwegs kritisiert erscheint. Auch in den Spalten dieses Blattes wurde sie schon öfters behandelt, so daß sich hier die weiteren Ausführungen erübrigen.

Zwei kleinere Einnahmeposten übergehend (Kameralverwaltung und Invalidensteuer), stellt sich der präliminierte Staatsgüterertrag mit 62 Millionen Dinar dar. Wenn man dem den Wert der Verpfändung an die Narodna Banka entgegenhält, so ergibt das einen ganz ungeheuer geringen Prozentsatz von Wertbetätigung und damit die Sicherheit, daß auch in unserem Staate die sogenannten öffentlichen Betriebe fast passiv sind. Es wäre also besonders notwendig, daß die wirtschaftlichen Fachkreise durch Veröffentlichung von Details dieser Post in die Lage versetzt würden, dieser Verwaltung eine entsprechende Kritik zu widmen.

Um das Budget ins Gleichgewicht zu bringen, ist eine provisorische Vermögenssteuer von 600 Millionen und ein außerordentlicher staatlicher Steuerzuschlag von 400 Millionen Dinar unter die Einnahmen gesetzt worden. Woraus diese Ziffern errechnet sind, ist nirgends angegeben. Man kann höchstens bei der Vermögenssteuer rückschließend auf die Schätzungsgrundlage der Regierung von 60 Milliarden Dinar Volksvermögen kommen, weil die erste Regierungsverlautbarung eine einprozentige Abgabe vom Vermögen vorgesehen hat. Man hat damit leider wieder auf ein neues Gebiet der Steuervorschreibungen gegriffen, ohne die alten richtig ausgeschöpft zu haben, wobei wir nur auf die Ausführungen unserer vorletzten Blattfolge hinzuweisen brauchen, in der wir die Steuerleistungen Sloweniens gegenüber den anderen Saatsgebieten als ungerecht hoch nachweisen konnten. Nun wird aus einem neuen Titel unserem Gebiete wahrscheinlich wieder zuviel vorgeschrieben werden. Sonst haben wir natürlich gegen die Steuervorschreibungen an sich nichts einzuwenden, weil es selbstverständlich ist, daß die Staatsauslagen irgendwie gedeckt werden, nur muß eine gerechte Verteilung der Lasten stattfinden.

Die direkten Steuern sind mit einer Milliarde 800 Millionen Dinar beiläufig ein Drittel des Gesamterfordernisses. Die jetzt angegebene Ziffer für 1922 läßt leider keinen ordentlichen Vergleich mit den vorhergehenden zu, weil diesmal die Gebühren wahrscheinlich unter direkte Steuern aufgenommen erscheinen, währenddem sie letzthin besonders ausgewiesen waren.

Die Einnahmen der Staatswirtschaftsbetriebe sind mit einer Milliarde 300 Millionen angegeben. Die absolut angenehme hohe Ziffer muß aber auch die hohe Angst einflößen, daß die verschiedenen Betriebe, die miteinander gar nicht vergleichbar sind, in eine Ziffer bezwungen zusammengeworfen erscheinen, weil bei dieser hohen Ziffer eben auch sehr hohe Beträge daneben gehen können. So würde es die hiesige Bevölkerung sicherlich besonders interessieren, mit welchen Beträgen die Ergiebigkeit des hiesigen Walzwerkes oder der Kohlengruben von Velenje und Babukove angelegt sind.

Wenn auf diese wirklich naheliegende Frage keine Antwort von maßgebenden Stellen erfolgt, so wird jedermann zugeben müssen, daß wir mit Recht eine mißtrauische Kritik vorgebracht haben.

Als Gesamteindruck der bisherigen offiziellen Veröffentlichungen über den Staatsvoranschlag bleibt das doppelt drückende Gefühl, daß man es oben und in Abgeordnetentreisen nicht wichtig nimmt, das Volk über den Weg seiner Steuergelder zu informieren und daß die wenigsten Abgeordneten einer Kritik des Budgets gewachsen sind. Dieses Uebergehen des Volkes von Seiten der Führer und ihr Mißtrauen beantwortet die Menge instinktiv mit Mißtrauen gegen den Staat und es werden somit die erhofften Steuergelder immer unsicherer werden. Auf der anderen Seite wird die Menge der Beamten wachsen, die sich sagen, daß es bei so wenig Interesse für ihr Tun und Lassen leicht ist, sich ein angenehmeres Leben einzurichten, und damit steigen die Ausgaben über die Ansätze hinaus. Am Ende des Jahres wird als Fazit unsere Staatsschuld an die Narodna Banka wieder einige Milliarden größer sein und unsere Valuta wieder viel tiefer stehen als jetzt.

Es bleibt also immer gleich, von welcher Seite man auch die Wirtschaftsverhältnisse eines Staates betrachten mag, man wird zur Schlussfolgerung gezwungen, daß nur Arbeit helfen kann. Und in unserem Falle zuerst Arbeit oben. Einmal wurde ein richtiger Weg schon versucht, als man den Gedanken der Investitionsanleihe verwirklichen wollte. Aber wie beleidigend oberflächlich war das Programm der Verwendung der einkaufenden Gelder verfaßt! Jeder Landesteil fast mußte in den Gedanken verfallen, daß er nur für den anderen sein Geld hinleihen soll, und so war der Erfolg auch darnach.

Das sollte eine letzte Lehre sein. Wenn wir die positiv gerichteten Fragen unserer Kritik zusammenfassen, so führen diese gemeinsam dorthin, daß wieder eine Investitionsanleihe aufgenommen werden muß, also die Bauauswendungen nur mit Zinsen- und Amortisationsbeträgen in die Staatsausgaben aufgenommen zu werden brauchen. Damit aber ohne Anwendung von Prügelstrafen ein Erfolg herauskommt, wird man die persönliche Politisererei und eitle Streiterei aufgeben müssen und dem Volke einmal ein wirklich durchberatenes Wirtschaftsprogramm hinlegen müssen. Und auch alte Schulden wird man zur Zahlung versprechen müssen, denn auch die Tschechei kommt mit ihrer Verachtung der Kriegsanleihe nur immer tiefer in den Sumpf.

## Politische Rundschau.

### Zuland.

#### Die erste Sitzung der neuen Regierung.

Wir haben bereits in unserer Nummer vom 12. Dezember die Ministerliste der neuen Regierung gebracht und brauchen heute, da die Regierung inzwischen am 24. Dezember ernannt wurde, nur zu berichten, daß Dr. Gregor Jerjav das Ministerium für soziale Fürsorge und Dr. Joo Ristelj das Kultusministerium übernommen hat und nicht, wie früher gemeldet, umgekehrt. Die erste Sitzung des neuen Kabinetts fand am 26. Dezember statt. Auf ihr wurde das Arbeitsprogramm des Parlamentes verhandelt und beschlossen, die Gesetze in nachfolgender Reihenfolge vor das Abgeordnetenhaus zu bringen: 1. Das Gesetz über den Staatsvoranschlag 1922. 2. Das Gesetz über den Staatsrat und die Verwaltungsgerichtsbarkeit. 3. Das Gesetz über die Hauptkontrolle. 4. Das Wahlgesetz. 5. Das Gesetz über die Selbstverwaltung. 6. Das Gesetz über die Zentralverwaltung. 7. Das Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit. 8. Das Beamtengesetz. 9. Das Pressegesetz. 10. Das Gesetz über die Landarbeiterkredite. 11. Das Gesetz über die Versicherung gegen die Elementarschäden. 12. Das Volks-, Mittel- und Hochschulgesetz. 13. Das Gesetz über die Ordnung der konfessionellen Organisationen. 14. Das Gesetz über die Gerichtsordnung. 15. Das Gesetz über die

Reorganisation des Militärgerichtswesens. 16. Das Gesetz über die Liquidation der Agrarverhältnisse. 17. Das Gesetz über den Steuerausgleich. Der Ministerpräsident Pašić teilte mit, daß von nun ab als offizieller Name des Königs „Alexander I.“ zu gelten hat. Der Justizminister Dr. Laza Marković brachte den Antrag ein, das Sequester über das Bergwerk Mezica in Slowenien, das von einer englischen Gesellschaft gekauft wurde, unter der Bedingung aufzuheben, daß die Gesellschaft ein Viertel des Aktienbestandes Einheimischen abtritt. Schließlich berichtete der Ministerpräsident, daß der Kriegsmminister General Žerović seine Demission eingereicht habe. Als Kandidaten für den damit erledigten Ministerposten werden die Generale Bazić und Ratić genannt.

#### Aus dem gesetzgebenden Ausschusse.

Am 26. Dezember wurde im gesetzgebenden Ausschusse das Gesetz über die Teuerungszulagen der Beamten, der Eisenbahnangestellten und der Ruhestandler angenommen. Der Finanzminister gab die Erklärung ab, daß er die Gültigkeit des Ausgleiches der Teuerungszulagen mit 1. Jänner 1922 anerkenne. Mit der Auszahlung werde begonnen werden, sobald eine besondere Kommission die Entwürfe zur Verminderung der Beamtenschaft bezw. zur Deckung der erforderlichen Ausgaben ausgearbeitet haben werde. Ferner verordnete er, daß der 10-prozentige Abzug von den Beamtengehältern, den die Finanzverwaltung bisher zugunsten der Beamten-einkaufsgenossenschaften abzog, von nun an zu entfallen habe. Auf seiner Sitzung vom 25. Dezember genehmigte der gesetzgebende Ausschuss das Gesetz über die Kriegsgewinnsteuer, das Gesetz über die Grundbesitzsteuer, das Gesetz über die Fondsverwaltung und das Gesetz über das Tragen von Waffen. Die berüchtigte Ohjana ist aufgehoben worden.

#### Beschießung Sibenijs durch die Italiener.

Am Abend des 25. Dezember kam es zwischen Matrosen des im Hafen von Sibenijs liegenden italienischen Kriegsschiffes „Audace“ und einigen Bürgern zu einem Zwischenfall. Die Italiener, welche Waffen mit sich führten, eröffneten eine Schießerei, worauf eine Menge Volkes auflief, das aber von der Polizei und von Militärpatrouillen zerstreut wurde. Darauf liefen die Italiener an den Strand und schifften sich ein. Das italienische Schiff fuhr von der Rüste weg und begann sie zu bombardieren. Die Beschießung dauerte bis Mitternacht. Es fielen ungefähr tausend Kanonenschüsse. Zum Glück befanden sich fast keine Menschen an dem Strande, so daß bloß zwei Vorübergehende verwundet wurden, darunter einer schwer. Bei der Untersuchung durch unsere Behörden stellte es sich heraus, daß die Italiener den Zwischenfall provoziert hatten. Angeblich ist bereits ein zweites italienisches Kriegsschiff vor Sibenijs erschienen, während vor dem Hafeneingange italienische Torpedoboote kreuzen. Der italienische Konsul stellte die Forderung auf, daß den italienischen Offizieren auf feierliche Weise die Ehrenbezeugung geleistet werden müsse, da die Bevölkerung schuld sei. Vom Zwischenfall wurde die Beograder Regierung sofort verständigt. Begreiflicherweise herrscht in Split und Sibenijs die größte Erbitterung über das unerhörte Vorgehen der Italiener.

#### Ein jugoslawisch-deutsches Uebereinkommen.

In Prager politischen Kreisen wird gegenwärtig die bevorstehende Zusammenkunft des slowenischen Ministerpräsidenten Pašić mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Dr. Benesch erörtert. Auf der Reise nach Prag würde Pašić auch mit dem deutschösterreichischen Kanzler Schober zusammentreffen und mit ihm die Einzelheiten eines Vertrages besprechen, der dem unlängst zwischen Deutschösterreich und der Tschechoslowakei geschlossenen ähnlich sein soll. Wie bekannt, finden schon seit längerer Zeit zwischen Deutschösterreich und Jugoslawien Verhandlungen über die Aufhebung des Sequester, über die gegenseitigen Guthaben, ferner über die Uebertragung von Direktionen solcher Unternehmungen, die in Jugoslawien bezw. in Deutschösterreich ihre Betriebe haben, in das eine oder das andere Land statt. Diese Verhandlungen sind zwar augenblicklich unterbrochen, es scheinen aber auf beiden Seiten die Voraussetzungen für ihre baldige Wiederaufnahme vorhanden zu sein.

# Salma

der unverwüthliche  
Kaufschickabsatz



## Ausland.

### Der Schutz der völkischen Minderheiten in Jugoslawien und der Völkerbund.

Wie der Slovenski Narod in seiner Nummer vom 28. Dezember l. J. meldet, wird auf der nächsten Sitzung des Völkerbundesrates, die in kurzem in Genf stattfinden soll, die Frage des Schutzes der völkischen Minderheiten in Jugoslawien verhandelt werden. Die Minderheiten in Jugoslawien fordern den weitestgehenden, allseitigen Schutz ihrer Rechte und Einrichtungen.

### Die nationalen Minoritäten.

Das Prager Tagblatt vom 25. November schreibt: Die tschechoslowakische Gesellschaft für den Völkerbund hielt am 18. November in Prag ihre Vollversammlung ab. Ueber Antrag des Sen. Dr. Brabec wurde beschlossen, das Ersuchen zu stellen, daß bei Verhandlungen der internationalen Kommission die tschechoslowakischen Minoritäten in Oesterreich und Ungarn sowie die Stellung der Banatser Serben in Deutschland in Erwägung gezogen werden. Prof. Dr. Dvoricky schilderte auf welche Weise — wie der ausgegebene amtliche Bericht sagt — es die österreichischen Deutschen verstanden hätten, die Abhaltung der Sitzung des Völkerbundesrates in Wien zur Gewinnung von Sympathien für ihre Forderungen auszunützen, und machte darauf aufmerksam, daß die Vollversammlung des Bundes in Prag im Jahre 1922 eine ähnliche Bedeutung für die Tschechen haben werde.

### Konferenzen.

Aus Washington kommt die Nachricht, daß der Senator France den Antrag gestellt hat, eine Weltkonferenz in Washington einzuberufen, an der 50 Nationen, unter diesen auch die Deutschen und Deutschösterreicher, teilnehmen sollen. Diese Konferenz, die im Monat März zusammentreten hätte, würde als internationale Wirtschaftskonferenz die Probleme, Reparation und Kriegsschulden zu lösen haben.

### Der Sanierungsplan Lloyd Georges.

Auf der Londoner Zusammenkunft zwischen Orland und Lloyd George hat letzterer einer Melbung des Petit Parisien zufolge folgende Programmpunkte aufgestellt: 1. England übernimmt die Initiative zur endgültigen Revision des Reparationsproblems, die darin besteht, daß die deutsche Schuld auf die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete reduziert wird. Englands verwüstetes Gebiet ist sein Handel. Um diesen wieder herzustellen, verzichtet England auf seinen Anteil an den Reparationszahlungen. 2. Degrenzung der Rüstungen zu Lande und Garantien für Frankreichs Sicherheit. Lloyd George ist Anhänger eines Abkommens nicht nur zwischen England und Frankreich, sondern auch zwischen Deutschland und Italien. 3. Regelung der orientalischen Frage. England ist bereit, für den Schutz der christlichen Minderheiten in Kleinasien vermittelnd einzuspringen. Smyrna würde eine Regierungsform erhalten wie die Stadt Danzig. 4. Herstellung der Beziehungen mit Rußland. Da die russische Regierung die Schulden des alten Regimes anerkannt hat und bereit ist, alle Verbindlichkeiten einer normalen Regierung zu erfüllen, sieht die englische Regierung keinen Grund, warum man Rußland nicht anerkennen sollte. Vorher müsse aber die Aktion zum Wiederaufbau Rußlands unternommen werden. Der Petit Parisien glaubt, daß Orland diese Punkte annehmen werde.

## Aus Stadt und Land.

**Der König auf der Jagd in Slowenien.** Wie dem Ljubljanaer Jutro aus Beograd berichtet wird, ist der König am Abend des 26. Dezember aus der Hauptstadt abgereist, um sich zur Jagd in die slowenischen Alpen zu begeben. In seinem Gefolge befanden sich der Minister des kgl. Hofes Jankovic und der Generaladjutant Hadzic. Der König fuhr inkognito und gelangte schon Dien-

tag Vormittag an den Ort der Jagd. Er wird bloß einige Tage den Jagdfreuden huldigen und dann wieder nach Beograd zurückkehren.

**Sportfest.** In unseren letzten Blattfolgen berichteten wir kurz, daß unser heimischer Athletiksportklub am 7. Jänner des neuen Jahres in sämtlichen Räumen des Hotels Union ein Sportfest veranstalten wird. Die umfangreichen Vorarbeiten dazu, in die bewährtesten Hände gelegt, haben bereits begonnen. Die einzelnen Ausschüsse sind gebildet und haben ein großzügiges Werk ins Auge gefaßt, das, was Dekorationen sowohl als Vergünstigungen anbelangt, alle bisherigen Veranstaltungen in den Schatten stellen wird. Als Tanzmusik für den großen Saal konnte die Kapelle der Draubivision in Ljubljana gewonnen werden, während im Gemüthlichen (kleiner Saal) ein auserlesenes Schrammelquartett seine Weisen erklingen lassen wird. Wir müssen uns enthalten, die sonstigen Vergünstigungen außer der Damen-Schönheitskonkurrenz und Glückschancen aufzuzählen, um den Reiz der Ueberraschung nicht zu föhren. Wer aber das vorjährige Winter-sportfest des Vereines besucht hat, dem steht die Wiederbarkeit dieses Festes sicherlich noch in voller Erinnerung und wir sagen nicht zuviel, wenn wir behaupten, daß es durch das heurige Sportfest noch weit überboten werden wird. Der Eintritt ist nur auf Namen lautende Einladungskarten gestattet, die in den nächsten Tagen zur Versendung gelangen werden. Sollte jemand aus Versehen unliebsamerweise keine solche Einladungskarte erhalten haben, wird gebeten, die Adresse in der Buchhandlung Fritz Rasch, welche die Anmeldungen in lebenswärtiger Weise übernommen hat, abzugeben. Gleichzeitig wird auch gebeten, nicht in Balltoilette, sondern nur in Straßenkleidern, Sportkostümen oder Volkstrachten zu erscheinen. Wir werden über den Stand der fortschreitenden Arbeiten in den nächsten Nummern noch eingehend berichten.

**Der Marburger Männergesangsverein** veranstaltet laut uns zugegangener Nachricht am 21. Jänner 1922 im Prunksaale der Brauerei Götz in Maribor anlässlich seines 75-jährigen Bestandes ein Festkonzert, worauf wir das kunstfreundige Publikum unserer Stadt schon heute aufmerksam machen wollen.

**Hochschülerkränzchen.** Das alljährlich vom Verbands deutscher Hochschüler in Maribor veranstaltete Kränzchen findet auch heuer am 4. Jänner 1922 in den Kasinoräumlichkeiten in Maribor statt. Freunde des Verbandes sind herzlich willkommen.

**Promotion.** Am 17. Dezember l. J. fand an der Karl Franzens Universität in Graz die Promotion des Herrn August Kollaritsch aus Celje zum Doktor der Rechts- und Staatswissenschaften statt.

**Seltene Feier.** Aus Slovenjgradec wird uns geschrieben: Der Vorarbeiter Franz Senicar ist vor 50 Jahren als Lehrling in die Ledergerberei des verstorbenen Vaters des jetzigen Inhabers der Lederfabrik Franz K. Pototschnig eingetreten und blieb als Gehilfe und Vorarbeiter durch ein halbes Jahrhundert im Dienste dieser Firma. Der König verlieh dem Jubilar für seine treue Dienstleistung die silberne Medaille für bürgerliche Verdienste, während ihm der Chef des Hauses am Vorabend des Weihnachtsfestes Dank und Anerkennung aussprach und ihm eine Spende überreichte.

**Ein tief sinniger Beobachter** fragt den Slovenski Narod: Die Allgemeine Verkehrsbank hat Drucksorten in slowenischer, französischer und deutscher Sprache. Wir (pluralis majestatis) fragen an, wozu solche in deutscher Sprache? — Da es mit Rücksicht auf unsere Handelsverhältnisse wirklich schwer ist, diese Frage zu beantworten, so kann man ihr nur mit dem Erraten beikommen. Denn daß diese Bank ihren Kundenkreis mit französischen Texten beglückt, das ist ohneweiters klar. Aber deutsch? Vielleicht aus demselben Grunde, aus dem in der Statthaltereie in Sombor die Aufschriften über allen Amtstüren serbisch, ungarisch und deutsch sind.

**Was sollen wir tun?** Die Greuelthaten, die in Triest an der Tagesordnung sind, schreien zum Himmel empor. Man sieht, daß die Italiener

darauf hinarbeiten, der jugoslawischen Bevölkerung in Triest jede Möglichkeit einer nationalen und kulturellen Entfaltung zu nehmen. Deshalb haben sie den Triester Slowenen planmäßig alle kulturellen, wirtschaftlichen und nationalen Brennpunkte vernichtet. Die italienische Regierung schweigt zu alledem und rührt keinen Finger, um ihre Staatsbürger jugoslawischer Nationalität zu schützen. Die Jugoslawen sind auf Gnade und Ungnade dem Triester Gefindel ausgeliefert. Da sich unsere Regierung aus internationalen Gründen ihrer nicht annehmen kann, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als an das einzige Forum, das sie leicht in Schutz nehmen kann, zu appellieren — an den Völkerbund in Genf. — So schreibt der Slovenski Narod in seiner Nummer vom 15. Dezember. Wir haben in unserem Blatte schon oft den Standpunkt vertreten, daß es jeder völkischen Minderheit, und in jedem Staate, freistehen muß, den Beschwerdeweg an den Völkerbund zu betreten, wenn sie da oder dort kulturell, wirtschaftlich oder national unterdrückt wird. Es fällt uns in diesem Falle sehr leicht, mit dem Slovenski Narod derselben Meinung zu sein über die Art, in der eine nationale Minderheit ihre international verbürgten Rechte verfechten soll.

**Die Leserbefragung des Slovenski Narod** bezüglich der Zweitteilung Sloweniens hat bis jetzt ein recht kargliches Resultat ergeben, wenn man die Gesamtzahl der Stimmen zählt. Es sind nämlich ganze 25. Davon sind 23 Leser für ein ungeteiltes Slowenien, zwei für die Zweitteilung.

**Dinarwährung.** Wie aus Beograd gemeldet wird, hat das Handelsministerium eine Verordnung an alle Handelskammern ergehen lassen, wonach diese vom 1. Jänner 1922 an alle Rechnungen in Dinarwährung zu führen haben.

**Besitzwechsel.** Der frühere Schlossermeister Anton Kofar verkaufte sein Haus auf der Marihorsta cesta um den Betrag von zweieinhalb Millionen Kronen an Herrn Ivan Rebel.

**Piraten in russischen Gewässern.** Das dänische Konsulat in Riga warnt die Handelskreise vor der Entsendung von Rauffahrtsschiffen in die russischen Gewässer, da schon mehrere Handelschiffe in der Nähe von Konstant auf geheimnisvolle Weise verchwunden sind. Angeblich wurden sie vom russischen Piratenschiffe „Bjuga“ gekapert und versenkt.

## Kundmachung.

Mit Verordnung vom 14. Oktober 1921 B. G. Bl. Nr. 555 wurde die Frist für Ansuchen um Uebernahme österreichischer Kriegsanleihe als Schuld der Republik Oesterreich bis 31. Dezember 1921 verlängert, um allen Kriegsanleihebesitzern, die trotz des mit Verordnung vom 7. April 1921 B. G. Bl. Nr. 215, festgesetzten Termins und somit des seither verstrichenen Zeitraumes von sechs Monaten bisher aus irgendeinem Grund nicht in der Lage waren, ihre Besuche einzubringen, Gelegenheit zu bieten, dies noch zu tun. Der bloße Vermerk auf dem Anmeldeformular „Zur Kontrollbezeichnung zugelassen“ genügt für sich allein zur Uebernahme dieser Kriegsanleihe als Staatsschuld der Republik Oesterreich im Hinblick auf die feineren und angeordneten Ueberprüfungen der Voraussetzungen für die Kontrollbezeichnungen nicht; vielmehr haben jene Kriegsanleihebesitzer, welche ihre Kriegsanleihe bei irgendeiner Stelle deponiert haben, bei ihren Depotstellen zu erheben, ob der Uebernahme ihrer Kriegsanleihe ein gesetzliches Hindernis im Wege steht. Die Depotstellen werden ihnen, falls kein Hindernis besteht, einen Bescheid auszufertigen haben, wonach ihre Kriegsanleihe der Kontrollbezeichnung zugeführt werden kann oder bereits zugeführt wurde, andernfalls haben die Depotstellen die bestehenden Hindernisse (Mangel des rechtzeitigen Erwerbes des inländischen Heimatsrechtes oder Vorhandensein eines wirtschaftlich im Neuauslande gebundenen Vermögens) den Parteien bekanntzugeben. Diese Parteien haben dann unter Anschluß der erforderlichen Nachweise um die Uebernahme ihrer Kriegsanleihe durch die Republik Oesterreich bei der zuständigen Steuerbehörde 1. Instanz längstens bis 31. Dezember 1921 anzusuchen.

Parteien, die außerstande sind, rechtzeitig sämtliche notwendigen Belege anzuschließen, haben nichtsdestoweniger ihre Ansuchen fristgerecht einzubringen und sich die nachträgliche Vorlage der fehlenden Belege vorzubehalten.

Besitzer von Kriegsanleihe, für welche ein Verwahrungszwang nicht bestand (auf dem flachen Lande), müssen die Kontrollbezeichnung ihrer Kriegsanleihe, sofern diese noch nicht geschehen ist, bei der zuständigen Steuerbehörde 1. Instanz unter Mitbringung der Effekten und der Belege über ihr Heimatsrecht erwirken.

Von der Rechtsfolge der Zurückweisung verspätet überreichter Ansuchen, sowie der Bezeichnung dieser Kriegsanleihen mit dem Vermerke „Von der Republik Oesterreich nicht übernommen“ werden Kriegsanleihen, welche im Sinne der Kontrollvorschriften bereits kontrollbezeichnet sind, nicht getroffen. Ebensovienig können Verjähmungsfolgen für die Befiger jener Kriegsanleihen eintreten, rüchlich deren ein Ansuchen um Uebernahme bereits überreicht worden ist, mag auch eine Entscheidung hierüber am 31. Dezember 1921 noch ausbleiben.

Die Erbringung des Nachweises der Rechzeitigkeit des Ansuchens obliegt der Partei. Die Ansuchen werden dann als rechzeitig eingelangt behandelt werden, wenn sie entweder spätestens am 31. Dezember 1921 bei einer hiesige zuständigen Steuerbehörde (§ 20 der zitierten Verordnung) eingelangt sind, oder spätestens an diesem Tage mittels Einschreibebriefes zur Post gegeben wurden.

Die verlängerte Fallfrist vom 31. Dezember 1921 gilt, wie auch die feinerzeitige Frist vom 15. Oktober 1921, ausschließlich für jene Kriegsanleihebesitzer, die die Uebernahme ihrer Kriegsanleihe durch die Republik Oesterreich auf Grund

des Gesetzes vom 22. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 353, anstreben, das sind demnach österrische Bundesbürger (physische und juristische Personen) und inländische Repräsentanten altausländischer Versicherungsgesellschaften.

Altausländer, Ungarn und Burgenländer (physische und juristische Personen) brauchen vorläufig um die Uebernahme ihrer Kriegsanleihe nicht anzusuchen, da die Regelung der Behandlung ihrer Kriegsanleihe vorbehalten ist.

Nationalausländer, das sind Bürger von jenen Staaten mit Ausnahme der Republik Oesterreich, welchen Gebietsteile des ehemaligen österrischen Staates im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages von St. Germain (18. Juli 1920) zugehören oder bis zur endgültigen Regelung der durch den Zusammenbruch des ehemaligen Oesterreich aufgerollten Gebietsfragen werden zugewiesen werden, haben gemäß § 11 Absatz 1 des Gesetzes vom 22. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 353, keinen Anspruch auf Uebernahme ihrer Kriegsanleihe durch die Republik Oesterreich.

Die Bestimmungen der XII. Vollzugsverordnung vom 17. November 1920, B. G. B. Nr. 15, betreffend die Kennzeichen von Kriegsanleihetitres der Neuausländer werden

hiedurch nicht berührt.

Sämtliche Ansuchen um Uebernahme von Kriegsanleihe sind ausschließlich bei der zuständigen Steuerbehörde I. Instanz (Steueradministration beziehungsweise Bezirkssteuerbehörde) einzubringen.

Die Vertretung des österrischen Bundesministeriums in Pabianja.

**Eine gute Frau und Mutter hat stets einige Flaschen Apotheker Fellers wohlrriechendes „Elsafluid“ im Hause. Es leistet bei Einreibungen der Glieder, des Rückens u. s. w., als Kosmetikum für Mund, Haut und Kopf gute Dienste, weitaus stärker, ausgiebiger und wirksamer als Franzbrantwein. 3 Doppelflaschen oder 1 Spezialflasche samt Packung und Porto um 48 K. versendet: Eugen B. Feller, Stubica donja, Elaplatz Nr. 335, Kroatien. bo**

## Maschinenschlosser, Dreher und Tischler

von einer Fabrik Bosniens bei freier Wohnung, Licht und Beheizung gesucht. Angebote unter „Nr. 27532“ an die Verwaltung des Blattes.



Vom tiefsten Schmerze gebeugt geben wir die traurige Nachricht, dass unser innigstgeliebter guter Gatte, bzw. Vater, Bruder, Schwager und Onkel, Herr

## Anton Gradt

Gastwirt, Fleischhauer und Realitätenbesitzer

am 25. Dezember um 3 Uhr nachmittags nach langem schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden, versehen mit den hl. Sterbesakramenten im 46. Lebensjahre gottgegeben verschieden ist.

Das Begräbnis und die heilige Seelenmesse fand am Dienstag den 27. Dezember um 11 Uhr vormittags in Jurkloster statt.

Jurkloster (Gairach), am 28. Dezember 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.



Schreibmaschinen, Farbbänder, Kohlepapier, Durchschlagpapier, Durchschreibepapier (Indigopapier) Wachs-papier, Schreibmaschinenöl, Registriertassen, Reparaturen

### Ant. Rud. Legat Spezialgeschäft

für Schreibmaschinen und Büroartikel, Maribor, Slovenska ul. 7, Telephon interurban Nr. 100.

### Wasserkraft!

## Wassermühlen

werden zu kaufen oder zu pachten gesucht. Anträge an die Verwaltung des Blattes erbeten. 2760

Erlaube mir die geehrten Kunden aufmerksam zu machen, dass ich alle **Ausrüstungsartikel** lagernd habe. Erzeugt werden alle Gattungen **Uniformkappen für Militär, Eisenbahner, Polizei, Gendarmerie, Finanz, Post, Aufseher und Feuerweh** nach **Vorschrift, sowie alle Arten Herren-, Damen- und Kinder-Sportkappen u. s. w.**

Grosse Auswahl in Pelzwaren, Pelzfaçonierungen jeder Art werden nach Wunsch angefertigt, sowie Bestellungen prompt und billigst ausgeführt. Lichte Pelze werden geputzt und über den Sommer zur Aufbewahrung genommen. Rohwaren jeder Art werden gegerbt. Felle werden zum Färben übernommen. **Rohfelle** werden zu Tagespreisen eingekauft.

**M. Fröhlich, Kürschnerei und Kappen-Erzeugung**  
Kralj Petrova cesta Nr. 11.

## Korrespondentin

der slowenischen u. deutschen Sprache in Wort und Schrift, sowie der deutschen Stenographie mächtig, wünscht ihre Stelle per Anfang Jänner zu verändern. Gefl. Zuschriften unter „Strebsam 27604“ an die Verwaltung des Blattes.

### Geprüfter

## Maschinenwärtter

wird gesucht. Vorzustellen bei der Kemična tovarna d. d. in Šoštanj.

## Wein

Offerierte prima Vrsacer Gebirgsweine 10 bis 11 prozentig, je nach Qualität, zum Preise von 14 bis 16 Kronen per Liter, garantiert naturreine Produzentenweine. Besorge den kommissionarweisen Einkauf direkt vom Produzenten. **Karl Thier**, Weinproduzent und Weinkommissionär.

## Tvorničko

## skladište papira

nudja uz najjeftinije cijene:

**Novinski papir** nesatiniran, vel. 58×84 i 63×95

**Tiskovni papir** srednje fini, satinirani, vel. 63×95

**Kuler papir** u četiri boje vel. 63×95

**Omotni papir** u rolama

**Omotni papir** u arcima

**Ljepenska**

**Listovni papir**

**Papirnatere vrećice**

**Pisaći pribor** kao i sve ostale vrsti papira:

**St. Kugli (L. Miller)**

Zagreb.

Im tiefsten Schmerze geben wir hiemit allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht von dem Ableben unseres innigstgeliebten, guten Gatten bzw. Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers, des Herrn

## Johann Zamparutti

Kaufmann in Graz

welcher am 23. Dezember nach längerem Leiden, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, im 38. Lebensjahre sanft im Herrn verschieden ist.

Die irdische Hülle des teuren Verewigten wird von Graz nach Celje überführt, am Donnerstag den 29. Dezember um 3 Uhr nachmittags in der Leichenhalle des städtischen Friedhofes eingesegnet und hierauf in der Familiengruft beigesetzt.

Die heilige Seelenmesse wird am Freitag den 30. Dezember um 8 Uhr früh in der Pfarrkirche gelesen.

Graz—Celje, den 27. Dezember 1921.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.